

**Vereinbarung zur Zusammenarbeit
- Koalition -
zwischen
SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN
in der 18. Wahlperiode
der Seestadt Bremerhaven
2011 – 2015**

Inhalt	Seite
Präambel.....	3
Wirtschaft und Forschung.....	5
Stadtentwicklung, Verkehr, Umwelt, ÖPNV.....	9
Arbeit.....	17
Soziales.....	19
Jugend und Familie.....	20
Ältere Menschen.....	22
Frauen.....	23
Integration.....	24
Menschen mit Behinderung.....	25
Gesundheit.....	26
Bildung.....	28
Kunst und Kultur.....	32
Innere Sicherheit, Bürger- und Ordnungsamt, Feuerwehr.....	34
Sport.....	36
Stadtverfassung, Geschäftsordnung, Bürgerbeteiligung.....	37
Justiz.....	39
Verbraucherschutz und Datenschutz.....	40
Finanzen, Verwaltung und Personal.....	41
Zusammenarbeit der Koalitionspartner.....	44
Unterschriften.....	45

Präambel

Die Koalition aus **SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN** nimmt mit diesem Koalitionsvertrag die Herausforderung eines Politikwechsels in der Stadt Bremerhaven an.

Wir stellen uns den großen gesellschaftlichen Herausforderungen der kommenden Jahre, und werden dafür gemeinsam politische Lösungen erarbeiten:

- Die Bürgerbeteiligung in den Stadtteilen und die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen wird von Anfang an in allen wichtigen Fragen sichergestellt. Wir wollen so ein mehr an Demokratie erreichen.
- Wir werden den begonnenen Strukturwandel dieser Stadt verstetigen; die wirtschaftlichen Chancen nutzen und daran arbeiten weiter existenzsichernde Arbeitsplätze zu sichern. ROT-GRÜN wird daran arbeiten die Bedingungen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze - und die Lebensqualität für die Bürgerinnen und Bürger - zu verbessern.
- Wir werden unter dem Ziel „Klimastadt Bremerhaven“ einen ökologischen Umbau der Stadtgesellschaft voranbringen. Dazu gehören für uns die Bürgerinnen und Bürger genauso wie die Wirtschaft, die Forschung, der Verkehr aber auch die Lebens- und Aufenthaltsqualität in dieser Stadt.
- Wir wissen, dass dies alles unter den Bedingungen der Schuldenlast der Stadt Bremerhaven und des Landes Bremen seine Grenzen hat. Wir werden an einer notwendigen Konsolidierung des Haushaltes arbeiten, dies erfordert allerdings einen äußerst sparsamen Umgang mit dem uns anvertrautem öffentlichen Haushalt.

Die rot-grüne Koalition hat unter der angespannten Haushaltslage, die uns zwingt den vereinbarten Konsolidierungsweg zum Abbau der Neuverschuldung Jahr für Jahr einzuhalten, Schwerpunkte in ihrer Regierungspolitik gesetzt.

So werden wir Anstrengungen unternehmen die die nachfolgenden Generationen nachhaltig stärken. Dazu gehört die Ausweitung der Betreuungszeiten in den Kindertagesstätten, der U-3 Ausbau und die schrittweise Einführung der Zweitkraft in der Kita-Gruppen. Die Chancen für die Zukunft der Kinder und Jugendlichen darf nicht von der sozialen Situation oder der Herkunft der Eltern abhängig sein. Wir werden dies im Rahmen der Möglichkeiten des Haushaltes sicherstellen, können aber weitere Belastungen die uns vom Bund zugewiesen werden nicht tragen. Der Finanzausgleich mit dem Land Bremen darf nicht zulasten Bremerhavens geändert werden.

In der Arbeitsmarktpolitik geht es den Koalitionsparteien vorrangig um Maßnahmen zur Verbesserung der Integrationschancen von Langzeitarbeitslosen und benachteiligten Menschen. Trotz des begonnenen Strukturwandels in Bremerhaven ist die Arbeitslosigkeit in Bremerhaven weiterhin hoch, wir werden in der Unterstützung der Betroffenen nicht nachlassen und auch weiterhin ein kommunales Arbeitsmarktprogramm aufrechterhalten. Vorrangiges Ziel der Koalitionsparteien ist es, allen Arbeitslosen die Rückkehr in den ersten Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Der unsozialen Kürzung der Mittel in der aktiven Arbeitsmarktpolitik werden wir mit Unterstützung des Landes entgegentreten. Gleichzeitig werden wir Anstrengungen, mit allen Beteiligten unternehmen, die Struktur der Beschäftigungs- und Bildungsträger effektiver zu gestalten.

Die rot-grüne Koalition unterstützt den geplanten Bau des Offshore-Wind-Terminals als ein Element des Strukturwandels dieser Stadt. Dabei verstehen wir diesen als ein Element eines ökologischen und ökonomischen Umbaus der Wirtschaft. Gleichzeitig bekennen wir uns aber zu den in der Stadt gewachsen wirtschaftlichen Strukturen und fordern diese auf, mit uns gemeinsam den Weg einer nachhaltigen Ausrichtung hin zu einer „Klimastadt Bremerhaven“ zu gehen.

In der Umwelt-, Bau-, und Verkehrspolitik werden die Koalitionäre neue Wege beschreiten. So werden wir eine städtebauliche Planung vornehmen die Bremerhaven als Oberzentrum begreift und die Stadtteile für die Menschen wieder attraktiver und lebenswerter gestaltet.

Die Verkehrspolitik wird von den Koalitionären mit einem umfassenden nachhaltigen Verkehrskonzept neu aufgestellt werden, das auch das Thema Klimastadt berücksichtigt.

Mit diesen in diesem Koalitionsvertrag vereinbarten Zielen vereinbaren die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Unterbezirk Bremerhaven und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN, Kreisverband Bremerhaven, eine Koalition für die Wahlperiode 2011 – 2015.

Wirtschaft und Forschung

Wissenschaft / Technologietransfer / Forschung und Entwicklung:

- Die Hochschule Bremerhaven hat sich im letzten Jahrzehnt sehr dynamisch entwickelt, die Zahl der Studierenden ist stetig gestiegen, die Kooperation mit der Wirtschaft konnte intensiviert werden. Wir streben ein weiteres Wachstum an und werden uns beim Land dafür einsetzen, dass bis zum Jahr 2020 an der Hochschule 4.000 Studierende eingeschrieben sind.
- Der notwendige Know-how- und Technologietransfer aus den wissenschaftlichen Einrichtungen in die Unternehmen der Privatwirtschaft hinein wird insbesondere durch wirtschaftsnahe Institute ermöglicht. Hierzu ist in der Vergangenheit in Bremerhaven mit dem ISL Institut für Seeverkehrswirtschaft und Logistik, dem IMARE Institut für Marine Ressourcen, dem Fraunhofer IWES Institut für Windenergie und Energiesystemtechnik, dem tzt Bremerhaven Technologietransfer-Zentrum, der Forschungs- und Koordinierungsstelle Wind an der Hochschule Bremerhaven und den An-Instituten an der Hochschule eine Vielzahl von Einrichtungen geschaffen worden, die mit deutlicher Fokussierung auf die Leitbranchen Bremerhavens arbeiten. Der weitere Ausbau dieser Forschungslandschaft wird von uns angestrebt.
- Für die Entwicklung neuer Branchen am Standort Bremerhaven, aber auch für die Entwicklung von marktgängigen und innovativen sowie umweltfreundlichen Produkten bedarf es intensiver Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten der Wirtschaft. Diese sind in der Vergangenheit durch Technologiefördermittel seitens der Wirtschaftsförderungsgesellschaft BIS und dem Referat für Wirtschaft begleitet worden und sollen weiterhin unterstützt werden.
- Die Hochschule und das Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung, aber auch die vorgenannten Institute haben sich in der Vergangenheit räumlich in Bremerhaven intensiv erweitert. Für zukünftige Erweiterungsabsichten sind seitens der Grundstückseigentümerin Stadt Bremerhaven und des Landes Bremen entsprechende Flächen bereitzuhalten bzw. zu entwickeln.
- Die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaftsförderung und Arbeitsmarktpolitik ist noch enger zu verzahnen mit dem Ziel, die Vermittlung von Arbeitslosen in den 1.Arbeitsmarkt zu verstärken.

Einzelbetriebliche Wirtschaftsförderung:

- Die Umstellung der einzelbetrieblichen Wirtschaftsförderung von der reinen Zuschussförderung hin zu der Möglichkeit, zinsgünstige Investitionsdarlehen zu gewähren, hat sich als erfolgreich erwiesen. Zukünftig soll daher die Möglichkeit verbleiben, in begründeten Einzelfällen Investitionszuschüsse bewilligen zu können.
- Das Land wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass zumindest in Niedersachsen, aber möglichst in den gesamten Nordländern gleiche

Förderkonditionen bei der Investitionsförderung erzielt werden, um hier zu einer Chancengleichheit zu kommen und einen Investitionswettlauf zwischen den verschiedenen Standorten zu verhindern.

- Die FuE-Meile „rund um den Handelshafen“ werden wir weiter entwickeln und mit der Innenstadt und dem Schaufenster Fischereihafen zu einem maritimen Technologiepark verknüpfen.
- Die Lebensmittelwirtschaft hat eine herausragende Bedeutung für Bremerhaven. Insofern ist die Attraktivierung des Gewerbegebietes Fischereihafen weiter zu entwickeln. Wir begrüßen den nachhaltigen Fischfang und die Verwendung von Fisch aus Aquakultur.

Infrastruktur:

- Das stadtbremische Überseehafengebiet hat für Bremen und die Seestadt Bremerhaven eine herausragende Bedeutung. Der Hafen gehört als Teil der Logistikwirtschaft zu den Clustern, die für kräftiges Wachstum und Beschäftigung sorgen und die es damit weiterhin zu stärken gilt. Dazu gehört die Schnelligkeit und Qualität der Containerabfertigung sowie des Automobilumschlages. Die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit und des dynamischen Wachstums erfordern eine bedarfsgerechte Anpassung und Verbesserung der verkehrlichen Hinterlandanbindung.
- Die Planungen zum Hafentunnel sind in der vorherigen Wahlperiode durch die Koalition von SPD und CDU vorangetrieben und ein Planfeststellungsverfahren ist auf diesen Grundlagen eingeleitet worden. Aufgrund des Verfahrensstandes ist ein Entscheidungsgrad erreicht, der zum jetzigen Zeitpunkt eine politische Abkehr von dem Projekt unmöglich macht. Über die rechtliche Zulässigkeit des Baus wird im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens entschieden. Die Koalitionäre werden das Ergebnis dieses Verfahrens achten.
- Der Schiffbau bildet nach wie vor einen Kern der industriellen maritimen Wirtschaft Bremerhavens, dessen Wettbewerbsfähigkeit erhalten werden muss. Der Wertstandort Bremerhaven ist ein Beispiel für den Strukturwandel. Obwohl der Markt härter umkämpft ist, hat sich Bremerhaven mit seinen Reparaturwerften zu einem zentralen Standort in Nordeuropa entwickelt. Die jetzt gefundene Kooperation der Bremerhavener Werften bildet eine gute Grundlage für weitere Entwicklungen. Das Land wird mit einem Gutachten zu den regionalwirtschaftlichen Potentialen des Wertstandortes Bremerhaven die Grundlage für weitere Entwicklungsschritte schaffen.
- Die künftigen Entwicklungen in der Offshore-Industrie bieten auch für die Werften ein wichtiges Entwicklungs- und Innovationspotential. Um an diesen Möglichkeiten umfassend partizipieren zu können, muss die Bundesregierung bei der Förderung der Offshore-Windenergie auch eine Förderkulisse entwickeln, die den Spezialschiffbau wie z. B. Errichterschiffe und Kabelleger unterstützt.
- Für das Offshore-Terminal Bremerhaven (OTB) ist zügig Planrecht zu schaffen. An der laufenden Ausschreibung halten wir fest.

- Die verkehrliche Erschließung, inklusive der Erschließung von Gewerbeansiedlungsflächen im Bereich Luneort in einer Größenordnung von rd. 26 ha, ist durch die jüngsten Beschlüsse auf Landesebene gesichert. Diese Flächen sind jedoch bereits größtenteils an die sich erweiternden Windenergieunternehmen in Bremerhaven vergeben, sodass auch die Erschließung der westlich angrenzenden Luneplate durch die Realisierung entsprechender Verkehrsanbindung und Flächenaufsandung mit dem Land vereinbart werden muss. Wir werden die baurechtliche Ausweisung auf der Basis von F- und B-Plan umsetzen sowie über die Finanzierung intensive Gespräche mit dem Land führen.
- Gemäß geltender Beschlusslage in der Stadt Bremerhaven genießt der Betrieb des Offshore-Terminals Vorrang vor dem Betrieb des Flugplatzes Luneort. Soweit wie möglich sollen jedoch die Anforderungen der am Flugplatz ansässigen Unternehmen und der Flugplatznutzer in Einklang mit den neuen Gegebenheiten gebracht werden.

Maritimer Tourismus:

- Bei den Maßnahmen zur touristischen Weiterentwicklung Bremerhavens soll das *Tourismuskonzept Bremerhaven 2020* Berücksichtigung finden. Dieses ist laufend fortzuschreiben, Aspekte wie Klimafreundlichkeit und Fahrradtourismus sollen einbezogen werden.
- Die Havenwelten Bremerhaven bedürfen als zentrales Tourismusprojekt einer stetigen Weiterentwicklung. Das Kreuzfahrtterminal ist an die Havenwelten anzubinden und in das Marketingkonzept einzubeziehen.
- Das Schaufenster Fischereihafen hat sich in den vergangenen 20 Jahren mit erheblichem öffentlichen und privaten Invest zu einer wichtigen touristischen Attraktion entwickelt. Um auch in Zukunft seine Attraktivität zu gewährleisten und weitere private Investitionen zu gewinnen, ist dieses Areal zu modernisieren und auszubauen, wobei der im Jahr 2006 beschlossene Masterplan die Grundlage bildet. Hierzu ist insbesondere das Forum Fischbahnhof und das Seefischkochstudio zu modernisieren und reattraktivieren.
- Zur Erweiterung des touristischen Angebotes ist das Offshore-Information-Center durch private Investoren in Kooperation mit dem Klimahaus unter dem Conference Center zu realisieren. Die Seebäderkaje ist für Veranstaltungsnutzung und als Aufenthaltsort für Fußgänger direkt am Wasser freiraumplanerisch zu entwickeln. Das gleiche gilt für die Verbindung zwischen den Havenwelten und der Fußgängerzone „Bürger“.

Regionale Zusammenarbeit:

- Gemäß „Staatsvertrag zwischen dem Land Niedersachsen und der Freien Hansestadt Bremen zu einer grenzüberschreitenden Raumordnung und Landesentwicklung“ vom 24. September 2009 soll der eingerichtete Prozess des

Regionalforum Bremerhaven ausgestaltet und vertieft werden. Die Ausgestaltung einer verbindlicheren Form der Kooperation ist zu prüfen. Im Rahmen der regionalen Zusammenarbeit wird geprüft, ob in Kooperation mit dem Landkreis Cuxhaven über die Naturschutzstiftung die Kompensation für Erschließungsmaßnahmen in Bremerhaven umgesetzt werden soll.

- Im Bereich der nachbarschaftlichen Wirtschaftsförderung mit der Stadt Langen sollen gemeinsame Gewerbegebiete entwickelt werden. Über welches Gebiet die verkehrliche Erschließung erfolgen könnte, bedarf einer gesonderten Prüfung.
- Im Bereich Tourismus soll eine gemeinsame Vermarktung der Region „Bremerhaven, Cuxland, Wesermarsch“ geprüft werden.

Stadtentwicklung, Verkehr, Umwelt, ÖPNV

Stadtplanung und Stadtentwicklung Bremerhaven

Die städtebauliche Entwicklung ist unter Berücksichtigung des demografischen Wandels, des Klimawandels und einer zu verstärkenden Funktion als Oberzentrum der Region weiterzuentwickeln. Nach dem erfolgreichen Umbau der Stadtmitte sind in dieser Wahlperiode die Stadtteile weitgehend in den Fokus zu stellen.

Für eine erfolgreiche städtebauliche Entwicklung Bremerhavens sind externe Planer und Fachleute zu beauftragen, die gutachterlich tätig werden und Konzepte entwickeln. Eine neue Stadtplanung ist zwingend notwendig. Ziel ist es, die Stadtteile für die Menschen wieder attraktiver und lebenswerter zu gestalten.

Wir werden eine breite und umfassende Beteiligung der Bevölkerung bei der Stadtplanung vor einer politischen Beschlussfassung sicherstellen. Vor Beschlussfassung über bedeutsame Änderungen oder Aufstellungen von Bebauungsplänen sind vorab bei Erörterungsterminen Anhörungen von Bürgerinnen und Bürger analog zum Planfeststellungsverfahren durchzuführen.

In den Stadtteilen ist eine weitere konsequente Umsetzung des Stadtumbau West-Programms und die damit einhergehende Sanierung von Altbauten vor allem aus der Gründerzeit fortzuführen.

Besondere „Leuchtturmprojekte“, wie in der Schleusenstraße, sind Anker in den betroffenen Stadtteilen, um auch Privateigentümern Anregungen zu geben, initiativ zu werden.

Das größte Problem ist der Verfall von Immobilien, die sich oftmals im Besitz von auswärtigen Eigentümern befinden und vor Ort keine Investitionen mehr tätigen. Hier ist es wichtig, Investoren aus der Region und aus der Stadt wieder für Investitionen zu gewinnen. Hierbei sind die Stäwog und die Gewoba einzubeziehen um sich dieser Aufgabe gerade in den betroffenen Stadtteilen zu widmen.

Für eine offensive Stadtplanung ist eine zentrale Anlaufstelle für interessierte Investoren im Wohnungsbaubereich (Sanierung und Neubau) zu schaffen, um als Ansprechpartner zur Verfügung zu stehen. Diese soll fachlich und behördlich aktiv für die Investoren Verwaltungsabläufe koordinieren, Projekte unterstützen und beratend zur Seite stehen.

Wir prüfen, ob und wie gemeinsam mit privaten Immobilienbesitzern und Eigentümergemeinschaften offensive Vermarktungskonzepte für private und öffentliche Gebäude entwickelt werden können, um in den Stadtteilen den Fortbestand und die Weiterentwicklung von Gebäuden und Wohnraum zu gewährleisten.

Wir werden dafür Sorge tragen, dass neben den Wohnungsbaugesellschaften auch Privateigentümer die Möglichkeit haben, am Stadtumbau West-Programm zu partizipieren. Dies bedeutet für uns, dass diese Mittel nicht nur in Hochbauten fließen, sondern auch in angemessenem Umfang für öffentlich zugängliche Frei- und

Erholungsflächen zur Verfügung gestellt werden.

Der Ankauf von so genannten „Schrottimmobilien“ ist zukünftig nach stadtplanerischen Gesichtspunkten auszurichten. Hier müssen vorrangig Objekte erworben werden, die einer möglichen Sanierung zugeführt werden. Hierbei soll ein Abriss ohne Nachnutzungskonzept vermieden werden.

Neben Lehe wollen wir insbesondere Geestemünde berücksichtigen, da auch in diesem Stadtteil erhebliche Probleme im Immobilienbereich bestehen.

Wir werden historische Bausubstanz, welche sich in städtische Hand befindet, ob Wohn-, Arbeits- oder Industriebereich, erhalten. Hier ist besonders die Datei über Bremerhavener Objekte der örtlichen Denkmalschutzbehörde, welches diese verschiedenen Kategorien zugeordnet hat, mit einzubeziehen und danach zu bewerten.

Bei der Planung und Umsetzung öffentlicher Projekte wird dem Gartenbau- und Friedhofsamt auch in Zukunft eine bedeutende Funktion zukommen. Es bleibt daher ein eigenständiges Dezernat. Wir werden eine ausreichende finanzielle Grundausstattung des Gartenbau- und Friedhofsamt zur Wahrung seiner Aufgaben sicherstellen. Dringend erforderlich ist die Aufstellung eines langfristig angelegten Sanierungsplanes „Spielplätze“.

Grün- und Freiflächen haben keine geringere Priorität als Straßen und Hochbauten. Deshalb ist es erforderlich, die Spielleitplanung fortzuschreiben und deren Ergebnisse nach Möglichkeit umzusetzen.

Zur Förderung bedarfsgerechter Versorgungsstrukturen in allen Stadtteilen werden wir der unkoordinierten Ansiedlung weiterer Verbrauchermärkte entgegen treten, beispielsweise durch einen stadtweiten Bebauungsplan zur Steuerung des Einzelhandels (Strategischer Bebauungsplan). Das Einzelhandelsentwicklungskonzept dient als Planungsgrundlage.

Gestaltungsbeirat

Wir werden den Gestaltungsbeirat, der sich aus Fachleuten zusammensetzt, regelmäßig einberufen und grundsätzlich bei allen, das Stadtbild prägenden Entscheidungen mit einbeziehen. Der Beirat tagt grundsätzlich öffentlich.

Flächen, Plätze, Freiräume im Stadtgebiet

Zur Schaffung von Raumreserven für die zukünftige Stadtentwicklung ist der sorgsame Umgang mit Brachen und bestehenden Objekten von besonderer Bedeutung. Im Rahmen einer zukunftsweisenden Stadtplanung ist hier ein behutsamer und schonender Umgang mit Flächen wie z. B. dem Zollinlandplatz, an der Eilhornstraße und dem Kistner-Areal erforderlich.

Der Initiative „Ein Zolli für alle Generationen“ geben wir Gelegenheit ihr Konzept vorzustellen und eine Umsetzung wird nachfolgend geprüft.

Der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung, dass es keine Bebauung des Phillipsfield mit Verbrauchermärkten, Discountern oder anderen Einrichtungen gibt, ist aufrecht zu erhalten. Der Bebauungsplan „Phillipsfield“ wird entsprechend geändert.

Wohnungspolitik

Wir wenden uns gegen die Kürzungsvorschläge der Bundesregierung der Programme Soziale Stadt, Stadtumbau West und Städtebauförderung. Wir benötigen diese Programme, um die Stadtteile lebenswert zu erhalten. Wir werden uns dafür einsetzen, dass alle diese Programme in Bremerhaven gegenfinanziert werden.

Wir wenden uns gegen jeglichen Versuch der Privatisierung der Gewoba und der Stäwog.

Projekte in den Stadtteilen

Unser Ziel ist eine Stadt im Grünen. Nur eine für die Bürgerinnen und Bürger lebens- und liebenswerte Stadt macht Bremerhaven auch für den Tourismus attraktiv. Die Parks, die unzähligen Kleingärten, aber auch die wertvollen Altbaumbestände in den Stadtteilen tragen dazu bei, dass nicht nur die Menschen sich hier wohlfühlen, sondern auch die Tier- und Pflanzenwelt sich entwickeln kann. Unser Ziel ist es, kleine und große, private und öffentliche Grünflächen zu vernetzen. Ein Anfang soll gemacht werden mit dem „Grünen Boulevard Lehe“, einem Grünzug parallel zur Hafestraße, der zunächst den Saarpark mit dem Stadtpark Lehe verbinden soll.

Unsere Parks sollen als gestaltete Kulturräume, als Naturräume und als Naherholungsgebiete weiterentwickelt werden. Dem Gesundheitspark Speckenbüttel kommt dabei eine besondere Bedeutung zu. Motorisierter Durchgangsverkehr soll vermieden, nicht öffentlich nutzbare Flächen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht und Einrichtungen verlagert werden, soweit sie dem Ziel Gesundheitspark entgegenstehen. Um die Fortsetzung der bisherigen positiven Entwicklung des Parks mit dem programmatischen Schwerpunkten Gesundheit, Fitness, Prävention, Ökologie und Nachhaltigkeit fortzusetzen, werden zur Finanzierung der Maßnahmen stärker als bisher städtebauliche Programme (Stadtumbau West etc.) und arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen einbezogen.

Wir wissen, dass nur durch zur Verfügungsstellung ausreichender finanzieller Mittel der gute Pflegezustand unserer Grünflächen erhalten und in den Bereichen intensiviert werden kann, in denen überproportionaler Pflegeaufwand erforderlich ist.

Entwicklung an der Geeste: Hier sind das Areal der ehemaligen SUAG hinter der Stadthalle und der verbliebene Teil des Wilhelm-Kaisen-Platzes stadtplanerisch mit einzubeziehen, um neue Nutzungskonzepte zu erstellen und entlang der Geeste den Geestewanderweg endgültig an die Stadt anzubinden. Das fehlende Glied zwischen Kistnergelände und Brücke Arbeitsamt ist planerisch zu bewerten.

In Leherheide ist zusammen mit der Stadtteilkonferenz, den Institutionen, den Vereinen und weiteren Bürgerinnen und Bürgern ein Konzept zu entwickeln, um den neu gebauten und hochwertig gestalteten Marktplatz (Julius-Leber-Platz) für Veranstaltungen nutzbar zu machen.

Der Bereich des Wencke-Docks ist in der anstehenden Sanierung so auszurichten, dass der Geestewanderweg bis zum Bereich Hochschule und Kennedybrücke einen adäquaten Abschluss findet. Wir werden prüfen, ob wir das ehemalige „Zollhaus“ an der Geestebücke wieder in seinen Ursprungszustand versetzen werden.

Im Zusammenhang einer stadtplanerischen Lösung des Areals der Hochschule ist die Straße „An der Karlsburg“ so herzurichten, dass das noch vorhandene historische Großsteinpflaster neben den letzten innerstädtischen Spuren der Straßenbahn erhalten bleibt und eine Konzeption entwickelt wird, eine Art Campusareal zu schaffen.

Nachhaltiges Verkehrskonzept

Bremerhaven benötigt ein nachhaltiges Verkehrskonzept. Vordringliche Aufgabe ist eine drastische Senkung klimaschädlicher Co2-Emissionen. Für das gesamte Stadtgebiet soll ein Verkehrskonzept erstellt werden, das alle Verkehre gleichberechtigt erfasst. Ziel unserer zukünftigen Verkehrspolitik ist dabei eine Verkehrsreduzierung und Verbesserung der Situation für Anwohner und schwachen Verkehrsteilnehmer.

Eine weitere Herausforderung sehen wir in der gezielten Lenkung der LKW-Verkehre im Stadt- und den Hafengebieten.

In Zusammenarbeit mit Anwohnerinnen und Anwohnern von viel befahrenen Haupt- und Durchgangsstraßen wollen wir prüfen, welche Maßnahmen getroffen werden können, die zu einer nachhaltigen Verminderung der Emissionsbelastung und damit zu einem Mehrwert an Lebensqualität führen. Wichtige Umsetzungsmaßnahmen sind u. a.:

- Gezielte Verkehrslenkung der LKW-Verkehre über die nördliche Hafenanbindung.
- Nach Realisierung der neuen Hafenanbindung wollen wir die Schließung des Zolltor Roter Sand für den LKW-Verkehr erreichen.
- Verkehre und Verkehrslärm beruhigen, Emissionen reduzieren, beispielsweise durch Tempo-30-Zonen, vermehrte Einrichtung und Bau verkehrsberuhigter Straßen

Wir werden weiterhin alle rechtlichen und tatsächlichen Möglichkeiten ausschöpfen, den Transport abgebrannter oder wieder aufbereiteter Kernbrennstoffe über die bremischen Häfen zu verhindern.

Radfahrstadt Bremerhaven

Radfahren ist aktiver Umweltschutz. Deshalb muss das Radfahren in Bremerhaven weiter attraktiver gemacht werden. Viele Punkte im städtischen Bereich sind im Vergleich zur PKW-Nutzung per Fahrrad schneller oder gleich schnell zu erreichen. Allerdings stehen die Belange des Radverkehrs noch zu oft hinter denen des Autoverkehrs zurück.

Wir verfolgen die Vision, 2015 „Fahrrad-Stadt“ zu sein. Uns ist bewusst, dass dazu eine Erhöhung des bisherigen Etats notwendig ist.

Damit mehr Menschen auf das Fahrrad umsteigen, soll mit interessierten Bürgerinnen und Bürger ein Master- und Aktionsplan „Radfahrstadt Bremerhaven“ erstellt werden.

Inhaltlich sollen darin unter anderem geregelt werden:

- Forcierter Ausbau der Fahrradinfrastruktur,
- Programm zur Sanierung der Radwege - insbesondere der West- und Osttangente -, das bis auf die Stadtteile herunter gebrochen wird,
- Prioritätenliste für den Bau neuer Radwege,
- Ausbau der Park & Ride-Einrichtungen für Fahrräder an den Bahnhöfen, öffentlichen Gebäuden und touristischen Einrichtungen,
- Einrichtung eigener Signale für Radfahrer an Lichtsignalanlagen und damit verbundene Überarbeitung der Signalpläne mit dem Ziel einer Bevorrechtigung des Radverkehrs,
- Stadtteilbezogene Aktionstage und ein verpflichtender „Autofreier Sonntag“ für die gesamte Stadt.

Innerstädtische Parkraumbewirtschaftung

Statt weiter Parkhäuser in der Innenstadt werden künftig „Park & Ride-Parkplätze“ mit ÖPNV-Anschluss geplant und errichtet werden.

Erhalt historischer Straßenbausubstanz in den Stadtteilen

In Stadtteilen, wo noch historische Bausubstanz vorhanden ist, stellt das dazugehörige Straßenpflaster einen wichtigen optischen und kulturhistorischen Aspekt dar. Die Anlieger legen oftmals großen Wert auf den Erhalt. Die Hohenstaufenstraße ist ein Beispiel dafür, wie sich Bürger positiv mit ihrer Straße auseinandersetzen. Dementsprechend ist Wert auf den Erhalt dieser Straßenflächen zu legen, gerade in reinen innerstädtischen Wohngebieten. Die Wiedererstellung der Groß- und Kleinpflasterung Kopfsteinpflasters hat Vorrang vor einer Asphaltierung.

Umweltschutz

Das Umweltamt bekommt ein eigenes Dezernat und wird besetzt von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Die Umwelt und Energiepolitik nimmt eine Schlüsselrolle ein, die Geschwindigkeit und der Umfang des Klimawandels müssen abgebremst werden. Die Emission weiterer Treibhausgase in die Atmosphäre müssen gegen Null gedrosselt werden, dennoch ist der weltweite Anstieg des Meeresspiegels nicht mehr zu verhindern. Von allen Klimaszenarien bedeutet dies für Bremerhaven die größte Bedrohung.

Klimastadt

Der Begriff „Klimastadt“ ist für uns mehr als nur ein Label wie zum Beispiel der Verweis auf das Klimahaus und die Windenergie. Die Federführung und die Zuständigkeit im Rahmen des Programms Klimastadt, des Masterplans aktive Klimapolitik sowie der Klimastadtbeirat werden beim Umweltdezernat angesiedelt.

Die verbindende Klammer aller Klimaschutzbemühungen in der Stadt ist die Erreichung eines Schutzzieles. Die Koalition wird daher eine Selbstverpflichtung der Stadt Bremerhaven zur Co2-Einssparung von 40 Prozent bis zum Jahre 2020 einleiten. An diesem Klimaschutzziel werden alle Maßnahmen in Rahmen des Programms Klimastadt Bremerhaven gemessen und anhand ihres Zielerreichungsgrades priorisiert.

Das Programm wird zukünftig auch auf Maßnahmen zur Anpassung der Stadt an den Klimawandel ausgedehnt.

Alle Möglichkeiten des Energiesparens in öffentlichen Gebäuden sollen genutzt werden. Die Stadt soll mittelfristig gänzlich Strom aus regenerativen Energien beziehen. Das Potential an Energiesparmaßnahmen, wie z. B. der energetischen Altbausanierung, muss weiter ausgebaut werden.

Einer weiteren Minimierung des Grünflächenbestandes, gerade im Bereich der Stadtmitte, erteilen wir eine Absage. Die Einrichtung eines vom Gartenbauamt geführten städtischen Grünflächenkatasters soll die städtischen Grünflächen optimal steuern. Vor der Ausweisung neuer Baugebiete ist dem Flächenrecycling soweit möglich Vorrang zu gewähren vor weiterem Naturverbrauch. Die Uferabschnitte entlang der Geeste müssen instand gesetzt werden, um die Uferbereiche wieder für die Menschen zugänglich zu machen.

Wegen der Güterverkehre in und aus den Hafengebieten setzen wir uns bei der Bundesregierung und der Deutschen Bahn dafür ein, den Lärmschutz an der Autobahn und entlang der Bahnstrecke zu verbessern. Hierzu gehört eine Geschwindigkeitsreduzierung der Güterverkehre entlang der Bahnstrecke Wulsdorf – Speckenbüttel.

Naturschutz

Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen sind verstärkt auf Bremerhavener Gebiet umzusetzen in Verknüpfung mit kleinteiligen Bereichen.

Das Fehrmoor im äußersten Norden der Stadt ist ein ca. 50 ha großes Gelände mit einem der letzten Hochmoore in der Norddeutschen Region und damit eine besonders schützenswerte Naturlandschaft. Wir setzen uns für die Vernässung ein,

so dass zumindest große Teile dieser seltenen und schützenswerten Hochmoorregion wiederhergestellt werden können. Durch floristische und naturkundliche Führungen soll das Moor als Ausflugsziel insbesondere für Familien zugänglich gemacht werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass auch andere Gebiete in Bremerhaven, z. B. Ahnthammsmoor und die Kernzonen der Rohrniederung, als Naturschutz- und die Geestwiesen als Landschaftsschutzgebiete ausgewiesen werden. Durch ein „Vorklärbcken“ für das Straßenwasser aus Lehe soll die Wasserqualität der Aue verbessert werden.

Wir sprechen uns dafür aus, dass diejenigen Flächen der Luneplate, die im Staatsvertrag nicht für eine Gewerbeansiedlung vorgesehen sind, zum Naturschutzgebiet erklärt und als Naturerlebnis entwickelt werden.

Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) und Schienenpersonennahverkehr (SPNV)

Der ÖPNV und SPNV sind Kernthemen des Programms „Klimastadt Bremerhaven“ sowie wesentliche Bestandteile der öffentlichen Daseinsvorsorge für die Bürgerinnen und Bürger. Deshalb muss der stadteigene ÖPNV gestärkt und attraktiver gestaltet werden. Der eingeschlagene Weg der Betrauung des stadteigenen Unternehmens Verkehrsgesellschaft Bremerhaven AG hat sich als optimal erwiesen. Eine Privatisierung des ÖPNV lehnen wir ab.

Die Verkehrsgesellschaft wollen wir weiter dahingehend unterstützen, dass umweltschonende, zukunftsorientierte Fahrzeuge angeschafft werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass die bestehenden Bussonderspuren und intelligenten Busbeschleunigungsmaßnahmen fortlaufend weiterentwickelt und kontinuierlich optimiert werden.

Die zu erwartende demografische Entwicklung wird im besonderen Maße Einfluss auf die Wohngebiete nehmen. Um die Sozial- und Wohnstruktur auch in diesen Stadtteilen zu stärken, sind gut nutzbare, barrierefreie Haltestellen sehr wichtig. Ein passendes ÖPNV-Konzept mit barrierefreien Haltestellen ist ebenso wie eine Verbesserung des Bussystems durch Taktverdichtungen (Busbeschleunigungssystem und Optimierung der Vorrangschaltung an Ampeln) und Überarbeitung der Linienstruktur zu prüfen.

Alternative Antriebsformen, weg von den fossilen Brennstoffen, sind zu prüfen.

Wir wollen, dass Bremerhaven wieder an den Schienenfernverkehr (IC und ICE) angeschlossen wird und fordern die zuständige Senatsbehörde auf, sich bei der Deutschen Bahn (DB) und privaten Eisenbahnen, die Fernverkehre anbieten, dafür einzusetzen und zu werben. Bis Bremerhaven wieder an das Fernverkehrsnetz angeschlossen ist fordern wir, dass die Länder Bremen und Niedersachsen und Aufgabenträger des SPNV verbesserte Übergangszeiten zum Fernverkehr, ab Bremen Hauptbahnhof, gewährleisten.

Die Sanierung des Bremerhavener Hauptbahnhofs vermittelt Bahnreisenden nun einen positiven ersten Eindruck von unserer Stadt. Zusätzlich wollen wir, dass der Platz vor dem Hauptbahnhof einer Modernisierung und Umgestaltung unterzogen wird. Vor dem Hintergrund der Barrierefreiheit fordern wir die DB auf, den Bahnhof Wulsdorf schnellstmöglich barrierefrei umzubauen.

Arbeit

Wir brauchen weiterhin die unterschiedlichen Programme und ihre Vernetzung mit Kommunalen- und Landesinitiativen, um die nachhaltige Reduzierung der Langzeitarbeitslosigkeit zu erreichen. Das kommunale Arbeitsmarktprogramm wird ungekürzt fortgesetzt. Dazu wollen wir unter Beteiligung aller Träger arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen prüfen, wie die Struktur der Beschäftigungs- und Bildungsträger effektiver gestaltet werden kann.

Die Mittel der Europäischen Union und des Bundes sind für die Umsetzung von Projekten im Bereich Beratung, Beschäftigung, Qualifizierung unerlässlich. Die notwendige Kofinanzierung werden wir sicherstellen und uns auch beim Land für eine finanzielle Beteiligung einsetzen.

In den Zukunftsbranchen, wie z.B. Offshore-Windenergie, entstehen zunehmend Arbeitsplätze, bei denen ein qualifizierter und aktueller Berufsabschluss vorausgesetzt wird. Andererseits verfügen die meisten Langzeitarbeitslosen über keine Berufsausbildung und/oder keinen Schulabschluss.

Vor diesem Hintergrund ist eine nachhaltige Vermittlung von beruflichen Qualifikationen dringend geboten. Entsprechend den individuellen Voraussetzungen sind unterschiedliche Instrumente einzusetzen, die aufeinander aufbauen.

Der Magistrat und die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung sind deshalb gefordert, ihren Einfluss im Verwaltungsausschuss der Agentur für Arbeit und in der Trägerversammlung des Jobcenters Bremerhaven zu nutzen, um die Angebote an Beschäftigung und Qualifizierung – trotz der Reduzierung der arbeitsmarktpolitischen Mittel durch die Bundesregierung – soweit wie möglich sicherzustellen. Wir wollen die Betriebe und Kammern davon überzeugen, dass sie ihrer gesellschaftlichen Ausbildungsverpflichtung, die in der Bremer-Vereinbarung niedergelegt ist, nachkommen. Öffentliche Aufträge und öffentliche Förderung sollen auf die Unternehmen begrenzt werden, die ihrer Ausbildungsverpflichtung nachkommen.

Mit den offenen Stadtteilberatungsprojekten konnten in dem Bereich Arbeitsmarkt und soziale Stabilisierung gute Erfahrungen gemacht werden. Insbesondere die Zielgruppe der Frauen, Migrantinnen und Migranten, Existenzgründerinnen und Existenzgründer konnten von dem Angebot profitieren. Diese Beratungsstellen gilt es zu erhalten.

Die Bürgerarbeit, die eine bis zu dreijährige sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ermöglicht, kann eine sinnvolle Maßnahme zum Abbau der Arbeitslosigkeit sein.

Durch die öffentlich geförderte Beschäftigung dürfen keine Verdrängungs- und Mitnahmeeffekte auf dem ersten Arbeitsmarkt entstehen.

Es wird in Frage gestellt, ob die Zeitarbeit bei städtischen Gesellschaften (AFZ, BBU) in der bestehenden Form weitergeführt werden soll. Daher ist zu prüfen, ob durch

1. strukturelle Veränderungen, z. B. durch Einsetzung eines Aufsichtsrats sowie Durchführung von Betriebsratswahlen,
2. den Verzicht städtischer Einflussnahme durch Veränderungen in den Beteiligungsverhältnissen oder
3. Liquidation von Zeitarbeits-Gesellschaften

eine zukunftsfähige Lösung herbeigeführt werden soll.

Der Magistrat wird gebeten, möglichst bis Ende 2011 die Auswirkungen der o. g. Alternativen (bspw. Entlassungen, Abfindungen) darzustellen. Eine Beteiligung der Arbeitnehmervertretungen bei diesem Prozess ist sicherzustellen.

Frauen sind in angemessener Zahl an Maßnahmen der Arbeitsförderung zu beteiligen. Angemessen heißt dabei, dass bei Fördermaßnahmen prozentual mindestens der Anteil von Frauen innerhalb der Arbeitslosen abgebildet wird.

Zudem sollen Maßnahmen vorgehalten und angeboten werden, die den ggf. besonderen Bedarfen von Frauen entsprechen. Dieses gilt u. a. für die Gruppe der Alleinerziehenden bzw. der Frauen mit Familienverantwortung. Hier sind Beschäftigungsmaßnahmen mit ggf. zunächst niederschwelligem Zugang wie auch qualitativ hochwertige Teilzeitmaßnahmen auszubauen. Gerade in der Weiterbildung sollen Lernformen wie bspw. die Kombination aus Präsenzzeit und individuell steuerbarer Heimarbeitszeit verstärkt angeboten werden.

Soziales Bremerhaven

Von den positiven Entwicklungen am Arbeitsmarkt durch die Wirtschaft und den Tourismus in dieser Stadt haben leider immer noch nicht alle Teile der Bevölkerung profitiert. Die hohe Zahl der Langzeitarbeitslosen, die Arbeitslosigkeit und das Hartz-IV-Leistungsrecht bewirken weiterhin eine Verarmung in Teilen der Bevölkerung. Armut betrifft immer die ganze Familie – Eltern, Kinder und insbesondere Alleinerziehende.

Armut erschwert Bildung, sie macht krank und schließt die Betroffenen zunehmend vom gesellschaftlichen Leben aus. Für viele Kinder ist dies das Aus, bevor ihre Zukunft überhaupt begonnen hat. Viele dieser Menschen haben schlechtere Lebenschancen, und dem wollen wir politisch entgegenwirken.

Wir wollen, dass alle Kinder aus Familien mit geringem Einkommen am gesellschaftlichen Leben teilhaben können, dies werden wir mit den dafür vorgesehenen Mitteln aus dem Bildungs- und Teilhabepaket des Bundes finanzieren.

Die Existenzgrundlage menschenwürdig sichern und soziale Sicherheit ist Voraussetzung für eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

Wir wollen einen menschenwürdigen Umgang mit Menschen, die zur Sicherung ihrer Existenz auf Sozialhilfe angewiesen sind. Beratung und Information, Selbsthilfegruppen, unabhängige Beratungsstellen und andere Institutionen, die sich um die Betroffenen kümmern, sind unverzichtbar. Gerade Menschen, die sich in existenzieller Not befinden, bedürfen intensiver begleitender Hilfen. Wir wollen diese Angebote erhalten und weiterhin in soziale Leistungen investieren.

Wir wollen, dass die ebenfalls im Gesetz verankerte Informationspflicht zur Aufklärung über Ansprüche, Rechte und Pflichten von Sozialhilfeempfängerinnen und -empfängern von den Behörden wahrgenommen wird.

Um eine Beratung uneingeschränkt zu ermöglichen, wollen wir die unabhängige Sozialhilfeberatung unterstützen. Wir wollen auch weiterhin für die ausreichende Finanzierung der Schuldnerberatung sorgen. Hilfen bedarfsorientiert bereitstellen, erforderliche Beratungs- und Hilfsangebote für Menschen in Notlagen sollen verlässlich finanziert, bedarfsgerecht ausgestattet und unbürokratisch erreichbar sein. Die Hilfeleistungen müssen soziale, hauswirtschaftliche und kulturelle Bedürfnisse abdecken, die wenigen verbliebenen Ermessensspielräume bei der Hilfezuteilung wollen wir voll nutzen.

Jugend und Familie

Kindertagesstätten/Kindertagesbetreuung

Der qualitative und quantitative Ausbau der Betreuungseinrichtungen für Kinder unter drei Jahren wird fortgesetzt mit dem Ziel, bis 2013 eine durchschnittliche Versorgungsquote von 35 % zu erreichen. Hierzu sollen entsprechende Mittel für Investitionen und die entstehenden Betriebskosten, ggf. durch Drittmittel finanziert, zur Verfügung gestellt werden.

Die Personalsituation in den Kindertagesstätten in der Stadt Bremerhaven ist den aktuellen Anforderungen anzupassen.

Die Betreuungssituation in den Kindertagesstätten Bremerhavens wird deshalb stufenweise über drei Haushaltsjahre - beginnend mit dem Kindertagesstättenjahr 2012/2013 - an die Personalsituation in der Stadtgemeinde Bremen angepasst. Somit werden wir schrittweise den Weg zur flächendeckenden Einführung einer pädagogischen Zweitkraft in den Kindertagesstätten der Stadt und der Freien Träger beschreiten.

Die derzeitigen Halbtagsbetreuungsangebote sollen schrittweise zu Betreuungsangeboten von sechs Stunden pro Tag erweitert werden. Außerdem werden wir eine Ausweitung der Früh- und Spätdienste in den Kindertagesstätten einleiten, um den Eltern die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu erleichtern. Auch hierfür wird ein zusätzlicher Personalbedarf darzustellen sein.

Die baulichen Investitionen sind in den nächsten Jahren bedarfsgerecht fortzuführen.

Die Kindertagespflege wird weiter intensiviert werden.

Die Zusammenarbeit zwischen dem Kindertagesstätten- und dem Primarbereich ist weiter zu entwickeln. Ein dafür notwendiges Konzept und die sich daraus ergebenden Ressourcen sollen bis Mitte 2012 erstellt werden.

Um dem anstehenden Personalbedarf in den Kindertagesstätten gerecht zu werden, wurden in der Stadtgemeinde Bremerhaven die Ausbildungskapazitäten für die schulische Ausbildung von Erzieherinnen und Erzieher um eine Klasse erweitert. Um für die Absolventinnen und Absolventen die erforderlichen Anerkennungsstellen zur staatlichen Anerkennung zu ermöglichen, werden hier die erforderlichen Mittel bereitgestellt.

Wir wollen zudem Männer dazu ermutigen, sich in diesem Berufsfeld zu betätigen, da vor allem Jungen auch eine männliche Bezugsperson brauchen.

Erziehungshilfe/Kinderschutz/Familien

- Die bereits für 2011 beschlossenen präventiven Maßnahmen werden umgesetzt und weiterentwickelt.

- Ausbau und Förderung der Präventionskette.
- Das Forum „Familienfreundliches Bremerhaven“ wird weiter weiterentwickelt.
- Die präventiven Netzwerke in Kooperation mit dem Gesundheitsamt im Rahmen der Arbeit des Kinder- und Jugendgesundheitsdienstes sind weiter von Bedeutung.

Jugendarbeit

Die Koalition wird sich für individuelle Förderung und Chancengleichheit für junge Menschen einsetzen und gesellschaftliche Teilhabe von Kindern und Jugendlichen ermöglichen.

Konzepte zur Absicherung und qualitativen Weiterentwicklung der Mädchenarbeit und für eine Jungenarbeit sollen erarbeitet werden.

Unter Mitwirkung der Jugendlichen und der Akteure in den Stadtteilen sollen die Konzeptionen der Freizeiteinrichtungen diskutiert und den aktuellen Anforderungen des Freizeitverhaltens Jugendlicher angepasst werden. Wir wollen prüfen, inwieweit jugendkulturelle Angebote im Stadtgebiet ergänzt werden können.

Die bisherige Jugendbildungsarbeit in Bremerhaven wollen wir grundsätzlich absichern. Eine verstärkte Einbindung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund soll im Rahmen von Qualitätsvereinbarungen gefördert werden.

Die unter Mitwirkung von Jugendlichen zu erarbeiteten Spielleitplanungen sollen schrittweise umgesetzt werden.

Die Jugendherberge Wüstewohldede und der Spielpark Leherheide werden weiterhin als Ort der Begegnungen für Familien und junge Menschen unterstützt.

Ältere Menschen

Selbstständigkeit und Selbstbestimmung bis in das hohe Alter hinein sind unser Ziel. Es gibt viele Seniorinnen und Senioren deren Leben durch Altersarmut, gesundheitliche und soziale Faktoren eingeschränkt und bedroht ist. Wir werden einen Handlungsplan entwickeln, der ältere Menschen darin unterstützt, möglichst lange selbstbestimmt in ihrem eigenen Wohnumfeld leben lässt. Dafür sind bezahlbare und angepasste Wohnungen sowie eine soziale, städtebaulich und barrierefreie Infrastruktur nötig.

Insbesondere über unsere kommunalen Wohnungsbaugesellschaften unterstützen wir barrierefreie Modellvorhaben für gemeinschaftliches, altersgerechtes und generationsübergreifendes Wohnen.

Die vorhandenen Beratungsstellen in den Stadtteilen sollen ein Leben im eigenen Wohnraum unterstützen. Deshalb werden wir auch die verschiedensten Hilfsdienste koordinieren und sicherstellen, so dass ältere Menschen, unabhängig von ihrem Einkommen, Zugang zu einer guten Gesundheitsversorgung haben.

Der begonnene Demographiebericht ist als Grundlage für das weitere ämterübergreifende Handeln fertig zu stellen.

Im Dialog mit den Begegnungsstellen und Seniorentreffpunkten wollen wir diese zu offenen Treffpunkten und selbstorganisierten Angeboten im Stadtteil weiter entwickeln.

Frauen

Frauen und Männer finden grundsätzlich unterschiedliche gesellschaftliche Voraussetzungen und individuelle Chancen zur sozialen, wirtschaftlichen und politischen Teilhabe vor.

Wir verstehen Gleichstellungspolitik als Querschnittsaufgabe. Damit muss sie in allen Feldern berücksichtigt werden und als Grundsatz die eigenständige Existenzsicherung von Frauen und Männern zum Ziel haben.

Arbeit + Wirtschaft, Vereinbarkeit Beruf und Familie

Die bestehende Rollenverteilung zwischen Frauen und Männern ist nach wie vor ein entscheidender Hemmschuh für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen am beruflichen und gesellschaftlichen Leben. Frauen tragen noch immer den Hauptteil der Lasten, wenn es um die Vereinbarkeit von Familienaufgaben und Berufstätigkeit geht.

Wir setzen uns daher dafür ein, dass

- Frauen im Verhältnis ihres Anteils an der Arbeitslosenquote an Maßnahmen der Arbeitsförderung zu beteiligen sind.
- innovative Weiterbildungsprojekte in zukunftssträchtigen Berufen insbesondere auf die Bedürfnisse von Frauen zugeschnitten werden und sie besonders ansprechen.
- die Zielgruppe alleinerziehende Frauen nachhaltig für den Arbeitsmarkt qualifiziert und gefördert wird und sie umfassende Unterstützung bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie erhält.
- die Vereinbarkeit von Beruf und Familie als politische und staatliche Aufgabe durch den Magistrat vorangetrieben wird.
- der Anteil von Frauen in Aufsichtsräten von Eigen- oder Beteiligungsgesellschaften erhöht wird.
- der Magistrat Bremerhaven überprüft ob, die Übernahme des Landesgleichstellungsgesetz auch auf die Gesellschaften, an denen Bremerhaven mehrheitlich beteiligt ist, möglich ist.
- das Gender Mainstreaming in allen Dezernaten umgesetzt wird.

Gewalt gegen Frauen und Mädchen

Gewalt gegen Frauen und Mädchen ist immer noch eine weit verbreitete Form der Menschenrechtsverletzung. Frauen sind unabhängig von Herkunft, sozialer Schicht, Alter, Kultur oder Bildungsstand auf vielfältige Weise von Gewalt betroffen. Daher werden wir Gewalt gegen Frauen konsequent bekämpfen.

- Das Frauenhaus und die Beratungsstelle häusliche Gewalt sowie das Mädchen- und Jungentelefon sind unabdingbar notwendige Einrichtungen.
- Die Beratung und Betreuung von Opfern von Menschenhandel hat unsere besondere Aufmerksamkeit. Hier unterstützen wir die Forderungen des Runden Tisches Zwangsprostitution, die der Präventionsrat Bremerhaven beschlossen hat.

Integration

Viele Menschen mit Migrationsgeschichte leben seit Jahrzehnten hier in Bremerhaven. Wir schätzen diese und wollen alle Menschen mit konstruktiver Integrationspolitik mitnehmen. Das kann nur gelingen, wenn die realen Konflikte auch benannt werden. Nur dann lassen sich Lösungen für Integrationsprobleme finden.

Erfolgreiche Integration darf nicht vom Zufall abhängig sein, deshalb wollen wir ein kommunales Integrationskonzept entwickeln. Auf kommunaler Ebene werden wir eine Kampagne starten mit dem Ziel, dass Menschen mit Migrationshintergrund vermehrt die deutsche Staatsbürgerschaft erwerben.

Die Lage und die Interessen dieser Menschen, die oder deren Vorfahren aus anderen Ländern hierher nach Bremerhaven kamen, verstehen wir. Wir fordern bewusst von ihnen, dass auch sie einen Beitrag zum Zusammenwachsen der Vielfalt leisten müssen. Um Fortschritte zu erreichen, wollen wir Benachteiligung abbauen.

Bildung ist die zentrale Zugangskategorie zu allen Bereichen des öffentlichen Lebens, deshalb wollen wir die Zusammenarbeit mit den Eltern für einen besseren Bildungserwerb ihrer Kinder ausbauen. Wir wollen die Eltern davon überzeugen, dass sie ihre Kinder möglichst früh in die Kindertagesstätten geben, damit sie die deutsche Sprache lernen. Ohne Bildung kann keine erfolgreiche Integration erreicht werden. Individuelle Förderung muss verstärkt werden und bei denen ankommen, die sie benötigen.

Intoleranz auf allen Seiten und Verunsicherung der Bürger bringt uns nicht weiter. Deshalb setzen wir uns für einen Dialog zwischen den Kulturen und den Menschen ein. Wir lehnen Rassismus und jegliche Form von gesellschaftlicher Diskriminierung ab.

Auf dem Weg zu einer offenen Stadtgesellschaft der Vielfalt verfolgen die Koalitionspartner konkrete Ziele:

- Wahlrecht auch für Nicht-EU-Bürgerinnen und –Bürger ab 16 Jahren
- interkulturelle Öffnung des öffentlichen Dienstes,
- Chancengleichheit in der Ausbildung und auf dem Arbeitsmarkt,
- Bildung auf Grundlage der Mehrsprachigkeit,
- die Gleichbehandlung und den Dialog mit den Religionen,
- Weltanschauungen auf Augenhöhe und auf Grundlage der Menschenrechte.

Menschen mit Behinderung

Selbstbestimmt Wohnen ist ein Grundbedürfnis aller Menschen. Unter dem Motto „selbstbestimmt Wohnen, selbstbestimmt Arbeiten, selbstbestimmt Leben“ soll Bremerhaven für Menschen mit Behinderung attraktiver gestaltet werden. Oberstes Ziel ist hierbei die in der UN-Konvention für Menschenrechte formulierte Inklusion und die generelle Barrierefreiheit der damit verbundenen städtischen Infrastruktur.

Entsprechend des personenzentrierten Ansatzes streben wir eine bedarfsgerechte finanzielle Ausstattung der Betroffenen und die damit verbundene Erarbeitung landesweiter Standards in der Begleitung von Menschen mit einer Behinderung zu einer auskömmlichen Gestaltung angemessener Wohnangebote an.

Wir stehen zum „Persönlichen Budget“. Die Handhabung dieses Instrumentes wollen wir vereinfachen, um eine umfangreichere Ambulantisierung zu erreichen.

Wir wollen die Teilhabe von Menschen mit Behinderung am Arbeitsleben, mit dem Ziel der Eingliederung in den allgemeinen Arbeitsmarkt, fördern. Hilfsangebote zur stufenweisen Qualifizierung sollen in Form von Teilrefinanzierung von Stellen im ersten Arbeitsmarkt oder administrativer Hilfe bei der Antragstellung von Fördermitteln sichergestellt werden.

Unter Mitwirkung von Verbänden und Interessenvertretungen der Betroffenen wird der kommunale Teilhabeplan fortgeschrieben und weiter entwickelt. Fester Bestandteil des Plans wird ein festgeschriebenes Verfahren zur Beteiligung von Verbänden an der Planung von baulichen und gestalterischen Vorhaben der Stadt.

Gesundheit

Unser Ziel ist die Sicherstellung der medizinisch notwendigen Versorgung aller Menschen in Bremerhaven

Prävention und demografischer Wandel

Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels unserer Bevölkerung, der Zunahme chronischer Erkrankungen und der steigenden Kosten des Gesundheitssystems gewinnt das Thema Prävention an Bedeutung. Prävention ist in diesem Kontext wichtig, sie ist Voraussetzung, in einer alternden Gesellschaft. Der zwangsläufigen Zunahme an chronischen Erkrankungen ist vorzubeugen um so, bis ins hohe Alter Gesundheit, Lebensqualität und Leistungsfähigkeit zu erhalten.

Kindern muss jede erdenkliche Hilfe und Fürsorge zukommen. Sie vor Vernachlässigung und Misshandlung zu schützen, hat höchste Priorität.

Gender Mainstreaming:

- Gesundheitsberichterstattung und Gesundheitsplanung werden geschlechtsspezifisch weiter entwickelt.
- frauenspezifische Themen finden die nötige Unterstützung und das „Forum Frauen und Gesundheit“ werden weiterhin abgesichert.

Krankenhäuser, psychiatrische und psychotherapeutische Versorgung

Der Krankenhausstandort Bremerhaven wird nachhaltig gestärkt und zukunftssicher ausgebaut.

Wir unterstützen die Neuordnung der Aufgabenteilung der Bremerhavener Krankenhäuser mit dem Ziel, einer medizinisch sinnvollen Versorgungsstruktur der einzelnen Standorte. Wir werden uns beim Land Bremen für die Beteiligung an der Finanzierung der notwendigen Umbauarbeiten einsetzen.

Die nötige Strukturreform im Bremerhavener Krankensektor mit den unverzichtbaren Elementen des Frauen-Kind-Zentrums muss zügig betrieben und möglichst zwischen allen Trägern und Beteiligten einvernehmlich zum Abschluss kommen. Hierbei ist auch die Sicherung der Arbeitsplätze sowie die Sicherung und Etablierung von Ausbildungsplätzen wie z.B. Krankenpflegeschule und MTA-Schule von elementarer Bedeutung.

Tagesklinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie

Im Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie besteht ein eklatantes Versorgungsdefizit. Deshalb wird die Verdoppelung der Platzzahl der Bremerhavener Tagesklinik von 10 auf 20 nachhaltig unterstützt.

Das bestehende Angebot des öffentlichen Gesundheitsdienstes zu Gesundheitshilfen und Gesundheitsförderung, z.B. mit den Beratungsstellen der Familienberatung und frühkindlichen Gesundheitsförderung an den bisherigen Standorten, ist abzusichern.

Ärztliche Notdienste sind in Bremerhaven und in der Vernetzung zum Umland vorzuhalten. Wir fordern, dass das bestehende System um einen augenärztlichen Notdienst ergänzt wird.

Infektionsschutz, Umweltmedizin und Lebensmittelsicherheit sind zu sichern und weiter zu verbessern. Zum Beispiel ist präventiv auf ausreichenden Impfschutz Wert zulegen. Schutzimpfungen gehören zu den effektivsten und kostengünstigsten Präventionsmaßnahmen. Durchimpfungsraten sind deshalb und als wirksamer kollektiver Infektionsschutz zu sichern.

Drogen- und Suchthilfe

Suchterkrankungen sind ein gesamtgesellschaftliches Problem. Das derzeitige Drogen- und Suchthilfekonzept ist inhaltlich, infrastrukturell und finanziell zu sichern.

Kinder müssen früh über die Gefahren von Tabak, Alkohol, Drogen und auch anderen Suchtformen, wie Spiel- oder Computersucht, informiert werden.

Selbsthilfeförderung

Selbsthilfegruppen, Vereine und Verbände leisten unverzichtbare Beiträge zur Bewältigung von Krankheit und Behinderung, tragen mit ihrer Arbeit zur Weiterentwicklung unseres Gesundheitswesens bei.

Die seit 1998 bestehende Selbsthilfekooperation „Bremerhavener Topf“ sowie in diversen Bereichen tätige Vereine erhalten sowohl politische als auch finanzielle Förderung. Die Bilanz der vergangenen Jahre ist deutlich positiv, so dass diese förderliche Arbeit auch künftig grundsätzlich gesichert und angemessen finanziell gefördert werden soll.

Integration von Zuwanderinnen und Zuwandern, humanitäre Betreuung

Im Rahmen des Integrationskonzepts werden vom Gesundheitsamt entsprechende Gesundheitshilfen und Gesundheitsförderungen (Humanitäre Sprechstunde) angeboten. Dieses ist ein zeitlich befristetes EU-Projekt, nach Ablauf wird eine Verstetigung geprüft.

Palliative Versorgung

Es ist selbstverständlicher Grundsatz, schwerstkranken und vom Tod bedrohten Menschen eine adäquate medizinische Betreuung, Pflege und einen würdigen Lebensraum zu schaffen. Wir setzen uns dafür ein, dass auch in Bremerhaven eine spezialisierte ambulante Palliativversorgung (SAPV) etabliert wird.

Bildung

Zentrales Ziel der Bildungspolitik bleibt die Chancengerechtigkeit. Nicht die soziale Herkunft darf über die Bildungskarriere entscheiden, sondern Fähigkeiten und Lernerfolge. Gerade in der heutigen Wissensgesellschaft stellt eine gute schulische Ausbildung die wichtigste Grundlage für eine erfolgreiche gesellschaftliche Teilhabe dar. Es muss daher das Ziel sein, mehr jungen Menschen einen guten Bildungsweg zu ermöglichen. Die Zahl der Schülerinnen und Schüler ohne Schulabschluss muss deutlich verringert werden. Durch eine entsprechende Unterrichtsentwicklung soll eine bestmögliche individuelle Förderung von Schülerinnen und Schülern erzielt werden. Alle jungen Menschen müssen in unserer Stadt eine berufliche Perspektive erhalten.

Oberstes Ziel ist das gemeinsame Lernen aller Kinder, ob mit oder ohne Behinderung. Die flächendeckende Einführung der Oberschule in Bremerhaven mit Beginn des Schuljahres 2011/2012 ist der Einstieg in ein längeres gemeinsames Lernen von der 1.-10. Klasse und in einen Unterricht, der die individuellen Fähigkeiten der Schülerinnen und Schüler berücksichtigt.

Wir wollen eine stärkere Verzahnung der zuständigen Dezernate.

Grundschulen

Gerade Kinder und Jugendliche aus sozial schwierigen Verhältnissen oder mit Migrationshintergrund werden auf Grund ungleicher Startchancen oft von einer erfolgreichen Bildungskarriere abgehalten. Ursachen hierfür sind unter anderem häufig zu kleine Wohnungen ohne einen eigenen Lernort, fehlender Zugang zu Büchern und Kulturangeboten sowie die prekäre wirtschaftliche Lage des Elternhauses. Oft gehen nur unzureichende oder gar fehlende Sprachkenntnisse des Deutschen und der Muttersprache damit einher. Gute Sprachkenntnisse sind aber der Schlüssel für eine erfolgreiche Bildungsteilhabe. Wir setzen uns dafür ein, dass die Sprachstandserhebungen in den Kindertagesstätten und in der Grundschule fortgeführt werden und Kinder mit Verzögerungen in der Sprachentwicklung noch gezielter als bisher gefördert werden.

Wir wollen gerade dort für Bildung mehr investieren, wo es besonders notwendig ist, also dort, wo die jüngsten Kinder lernen. Die gute Arbeit der Grundschulen soll weiter unterstützt und durch eine schrittweise Ausweitung zur Ganztagsfähigkeit gestärkt werden. Außerdem streben wir eine engere inhaltliche Zusammenarbeit zwischen Kindertagesstätten und den Grundschulen an.

Oberschule/ Inklusion

Die erfolgreiche Umsetzung des Schulentwicklungsplans nimmt in der neuen Legislaturperiode eine zentrale Stellung ein. Dabei müssen dem Aufbau der Oberschule und dem gemeinsamen Lernen aller Kinder, ob mit oder ohne Behinderung, besondere Beachtung geschenkt werden. In den kommenden Jahren muss sich der Unterricht in den Oberschulen wie im Gymnasium in Richtung individuelles und selbstständiges Arbeiten entwickeln, damit alle Kinder ihren

Kenntnissen und Fähigkeiten entsprechend gefördert und gefordert werden und kein Kind zurückgelassen wird. Wichtig ist dabei ebenso der Erwerb sozialer Kompetenzen und die Fähigkeit, mit den Mitmenschen souverän, einfühlsam, fair und konstruktiv umzugehen.

Eine angemessene bedarfsgerechte Ressourcenausstattung wird die Grundlage für die angestrebten Schulentwicklung und den damit verbundenen Herausforderungen sein.

Schulsozialarbeit

Grundschulen, Oberschulen und Gymnasien benötigen für ihre Aufgaben einen Personalmix. Eingegliederte Zentren für Pädagogik – ZuP's - sind in den Schulen zuständig für alle Formen unterstützender Pädagogik. Zu ihrem Team gehören auch Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen.

Schulsozialarbeit ist professionell durchgeführte soziale Arbeit. Schwerpunkte liegen in sozialpädagogischen Hilfen für Schülerinnen und Schüler in psycho-sozialen, emotionalen Problemlagen, wie auch in der Förderung der beruflichen und gesellschaftlichen Eingliederung.

Der Ausbau der Schulsozialarbeit ist ein geeignetes Instrument um die Bildungs- und gesellschaftliche Teilhabe zu unterstützen. Wir werden eine Ausweitung der Schulsozialarbeit im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes des Bundes umsetzen.

Ganztagschulen

Ganztagschulen sind auch für ältere Schülerinnen und Schüler förderlich. Eine andere Rhythmisierung des Schultages, Fördermöglichkeiten und zusätzliche interessante Angebote stellen nur einige Vorteile der Ganztagschule dar. Wir werden uns dafür einsetzen, die Zahl der Ganztagschulen in den kommenden Jahren zu erhöhen und dafür sorgen, dass die Ganztagschulen in der Sekundarstufe I, die zurzeit ganz überwiegend in offener Form – die Teilnahme am Unterricht am Nachmittag ist freiwillig - geführt werden, sich zu gebundenen Ganztagschulen entwickeln, wie es die Ganztagschulverordnung für das Land Bremen vorsieht. Zur Realisierung brauchen wir die finanzielle Unterstützung des Landes.

ReBUZ

Für die Beratung von Schülern Eltern, Lehrerinnen und Lehrern, für die Diagnostik und für die Zusammenarbeit mit Jugendhilfe, Gesundheit und anderen Institutionen ist künftig ein Regionales Beratungs- und Unterstützungszentrum zuständig. Das ReBUZ setzt sich aus Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern verschiedener Professionen zusammen.

Schulentwicklungsplan

Die Koalition wird sich nachdrücklich für die Umsetzung des Bremerhavener Schulentwicklungsplanes einsetzen. Wir sind uns darüber einig, dass auch das Lloydgymnasium im Rahmen des Schulentwicklungsplans weiterentwickelt werden soll.

Die Umsetzung der im Schulentwicklungsplan genannten Ziele zur Verbesserung der Unterrichtsqualität, zur Vermeidung von Schulausfall und zur gemeinsamen Beschulung von behinderten und nicht behinderten Kindern verlangt eine ausreichende Ausstattung der Schulen.

Wir werden uns dafür einsetzen, die durch sinkende Schülerzahlen freiwerdende Mittel für den Schulbereich bereit zu stellen.

Sprachförderung

Unsere Kinder brauchen frühzeitige Förderung, vor allem im Bereich der Sprachkompetenz. Die verbindlich eingeführten Sprachstandserhebungen in den Kindertagesstätten und in der Grundschule müssen fortgeführt und Kinder mit Verzögerungen in der Sprachentwicklung noch gezielter als bisher gefördert werden. Gleichzeitig soll die Mehrsprachigkeit der Schülerinnen und Schüler anerkannt und als mitgebrachte Ressource aufgegriffen sowie das Prinzip Mehrsprachigkeit gefördert werden.

Berufliche Schulen

Die dynamische Entwicklung der Berufs- und Arbeitswelt stellt die berufliche Bildung vor ständig neue Herausforderungen. Die Entwicklung neuer Technologien, neuer Berufe und neuer Strukturen vollzieht sich zum Teil mit sehr hoher Geschwindigkeit und lässt die Anpassungsfähigkeit des Berufsbildungssystems vielfach an seine Grenzen stoßen. Die Leistungsfähigkeit Beruflicher Schulen ist jedoch für die Qualität der Berufsausbildung in Bremerhaven von erheblicher Bedeutung.

Die Erfüllung ihres Auftrages kann der Berufsbildenden Schule nur gelingen, wenn sie fortlaufend modernisiert wird. Sie muss stärker als bisher in die Lage versetzt werden, sich selbst weiter zu entwickeln. Hierzu bedarf es größerer Selbstständigkeit und größerer Gestaltungsspielräume. Dies stellt neue organisatorische, kooperative, personelle und curriculare Anforderungen an die Berufsbildenden Schulen.

Berufsschulen bieten neben dem Berufsschulunterricht in einer dualen Ausbildung oder einer schulischen Ausbildung vielfältige unterschiedliche Bildungsgänge an, die es auch Jugendlichen ohne Abschluss ermöglichen, weiterführende Kompetenzen zu erwerben. Um unnötige Warteschleifen zu vermeiden, werden wir ausschließlich Bildungsgänge anbieten, die weiterführende Qualifikationen ermöglichen. Insbesondere doppelt qualifizierende Ausbildungswege sollen verstärkt angeboten werden.

Selbst durch Berufstätigkeit für den Lebensunterhalt zu sorgen, muss für Jugendliche durch vielfältige und flexible Ausbildungsmöglichkeiten ermöglicht werden.

Ausbildung in Pflege- und Sozialberufen

Durch die neuen gesetzlichen Zusagen steigt der Bedarf an Erzieherinnen und Erziehern. Vor allem männliche Erzieher sind, durch die häufige Abwesenheit von Vätern in Familien, gefragt. Aufgrund des hohen Anteils der Kinder mit Migrationshintergrund steigt ebenso der Bedarf an Erzieherinnen und Erziehern mit hoher Kompetenz und eigenem Migrationshintergrund.

Bremerhaven braucht aufgrund seiner Sozialstruktur viele gut ausgestattete Kita-Plätze. Wir wollen die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern verbessern und die Anzahl der Ausbildungsplätze erhöhen.

Aufgrund der Altersstruktur der Bevölkerung unserer Stadt werden vermehrt Altenpflegekräfte benötigt. Die Ausbildungsangebote müssen ausgeweitet werden, gleichzeitig verstärkt Jugendliche geworben werden, diesen Ausbildungsweg einzuschlagen. Auch in diesem Bereich stehen sich schwierige Arbeit und geringe Bezahlung gegenüber.

Ausbildung

Die Zahl der Ausbildungsplätze in Bremerhaven reicht nach wie vor nicht aus, um allen Schulabgängern den Einzug in das Berufsleben zu ermöglichen. Dies führt zu übermäßigen Anmeldezahlen in den Berufsfachschulen. In der Konsequenz konkurrieren immer mehr so genannte Altbewerber mit den Schulabgängern des jeweils laufenden Jahres.

Wir wollen hier nicht warten, bis sich aufgrund der demografischen Entwicklung ein Angleich zwischen Ausbildungsstellen und der Nachfrage nach Ausbildungsstellen ergibt.

Weiterbildung

Die Verwirklichung des Lernens im Lebenslauf ist entscheidend für die Zukunft des Einzelnen, der Gesellschaft und der Wirtschaft. Sie ist eine wichtige bildungspolitische Aufgabe. Vor dem Hintergrund dieser Zielsetzung sollen in der kommunalen Weiterbildungslandschaft Bremerhavens stärker als bisher die Bildungsangebote aufeinander abgestimmt und miteinander verzahnt werden.

In Bremerhaven erreichen ca. 10 % aller Jugendlichen keinen Schulabschluss. Diesen nachzuholen ist auf dem zweiten Bildungsweg im Abendbetrieb oft mühsam und wiederum von hohen Abbrecherquoten begleitet. Die Vorbereitung auf den Hauptschulabschluss im Tagesbetrieb mit anschließender Schulfremdenprüfung soll in Bremerhaven ermöglicht werden.

Kunst und Kultur

Das hochwertige und breit angelegte Kulturangebot in Bremerhaven stärkt die Identifikation der Menschen mit ihrer Stadt. Kunst und Kultur sind ebenso innovative Bausteine des Strukturwandels wie der Tourismus, die Windenergie oder Forschung und Technologie. Ohne Zweifel sind es in besonderem Maße die städtischen Kulturangebote, vom Stadttheater und dem Theater im Fischereihafen, der Stadtbibliothek bis hin zum Kunstmuseum und dem Pferdestall, die die Qualität des großstädtischen Lebens prägen. Kulturelle Vielfalt ist zudem ein Fundament der demokratischen Stadtgesellschaft, sie ermöglicht Kommunikation, gesellschaftliche Teilhabe und Selbstvergewisserung in einer sich rasch wandelnden Welt.

Die städtischen Kultureinrichtungen haben daher den Auftrag, zu allererst ein Angebot für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt und der Region vorzuhalten.

Daher werden wir dafür Sorge tragen, dass das vielfältige und hochwertige Kulturangebot auch unter schwierigen Rahmenbedingungen weiter gepflegt wird. Die Koalition steht für den Erhalt des Drei-Sparten-Theaters und unterstützt das Theater in seinem Bemühen, sich sehr viel stärker als in der Vergangenheit gegenüber der Stadt zu öffnen. Die Aktivitäten des Stadttheaters zum Aufbau eines Kinder- und Jugendtheaters im Pferdestall werden ausdrücklich begrüßt. Unter dem Gesichtspunkt knapper werdender Finanzen wollen wir prüfen, inwieweit eine Strukturveränderung dazu beitragen kann, das vielfältige Angebot des Stadttheaters zu erhalten, beispielsweise durch eine veränderte Betriebsform.

Bei dieser Hinwendung zur kulturellen Bildung für Kinder und Jugendliche darf aber nicht aus den Augen verloren werden, dass das Kulturangebot gerade für Seniorinnen/Senioren eine besondere Rolle bei der Entscheidung spielt, in der Stadt zu wohnen, zu bleiben oder sogar in die Stadt zurückzukehren. Die Koalitionäre werden darauf achten, dass das kulturelle Angebot für alle Altersgruppen attraktiv bleibt.

Das Deutsche Schifffahrtsmuseum ist als nationales Museum ein wichtiger Baustein für den Tourismus und präsentiert gleichzeitig aber auch die maritime Tradition unserer Stadt. Das Deutsche Schifffahrtsmuseum muss modernisiert werden und auf der Blauen Liste als Forschungsinstitut bleiben. Wir erwarten vom Bund und vom Land, dass sie sich an der Finanzierung beteiligen.

Die wirtschaftliche Situation der Stadt verlangt aber, dass auch im Kulturbereich geprüft wird, wie man zu einer Stabilisierung der Ausgaben gelangen kann. Alle Kultureinrichtungen müssen sich auf ihre jeweiligen Kerngeschäfte konzentrieren, Überschneidungen von Angeboten darf es nicht mehr geben. In diesem Zusammenhang ist auch zu prüfen, welche organisatorischen Maßnahmen einen besseren Mitteleinsatz ermöglichen.

Zur Verbesserung der Einnahmenseite ist zu prüfen, ob durch bessere Öffentlichkeitsarbeit der Kultureinrichtungen mehr Besucher gewonnen werden können.

Die Aufnahme der großen kulturellen Einrichtungen wie Stadttheater, Kunstmuseum

oder Historisches Museum in die Tourismuswerbung ist ein wichtiger Schritt, um bei noch mehr Besuchern Interesse für die Stadt zu wecken und so die Einnahmen zu erhöhen.

Das kulturelle Angebot wird in hohem Maße auch durch private Initiative und privaten finanziellen Einsatz unterstützt. Dieses private Engagement muss sichtbarer gemacht werden. Gleichzeitig sind kommunale und private Fördermaßnahmen aufeinander so abzustimmen, dass das kulturelle Angebot davon profitiert.

Innere Sicherheit

Wir wollen eine sichere Stadt. Die Sicherheit ist ein wichtiges Gut für die Lebensqualität unserer Bürgerinnen und Bürger. Die erfolgreiche Bekämpfung von Kriminalität ist nur mit einer gut ausgebildeten, gut ausgestatteten und motivierten Polizei möglich.

Die Ortspolizeibehörde Bremerhaven ist eine bürgernahe Polizei. Das hängt ganz maßgeblich mit der organisatorischen kommunalen Eigenständigkeit der Ortspolizeibehörde zusammen. Der kommunale Status garantiert eine Fortsetzung und nachhaltige Absicherung der erfolgreichen bürgernahen Sicherheitspolitik.

Die beste Bekämpfung von Kriminalität ist deren Verhinderung. Aufgrund ihrer kommunalen Einbindung und Vernetzung ist es der Bremerhavener Polizei in der Vergangenheit gelungen, eine herausragende Präventionsarbeit zu leisten, die bundesweit als richtungweisend gilt. Diese werden wir auch in Zukunft, vor allem bei der Gewalt- und Drogenprävention, weiter etablieren und ausbauen.

Die Anforderungen an den Polizeivollzugsdienst erfordern eine nachhaltige Absicherung des Personalsolls auf einem Bestand von zumindest 475 Beschäftigten.

Wir gewährleisten eine adäquate Versorgung mit Einsatzkräften in der Stadt rund um die Uhr, die im Bedarfsfall ausreichend und schnell reagieren können. Hierbei werden wir die gesonderten Problemlagen der Stadtteile berücksichtigen.

Die Bekämpfung der Kinder-, Jugend- und Straßenkriminalität und der Intensivtäter muss auch zukünftig ein Schwerpunkt der polizeilichen Arbeit sein. Das gilt in ganz besonderem Maße für die vernetzte Eindämmung der Drogen- und Einbruchskriminalität. Die effektive Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität bildet einen weiteren Schwerpunkt in der Strafverfolgung. Um Verfahren zügig abzuschließen, werden die Arbeitsprozesse verbessert.

Die Polizei soll ein Spiegelbild der Gesellschaft sein. Wir setzen uns daher dafür ein, mehr Frauen in Führungspositionen zu berufen und mehr Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in die Polizei zu integrieren.

Bürger- und Ordnungsamt

Das Bürger- und Ordnungsamt, vor allem die Bürgerbüros, sind die Visitenkarte der Öffentlichen Verwaltung. Nur ein reibungsloser Service und kurze Wartezeiten werden dem Anspruch an eine kundenorientierte moderne Verwaltung gerecht.

Wir wollen den Bürgerservice und Ordnungsdienst erhalten.

Das seit dem 1. Juli 2010 eingeführte Vorbeugeprojekt „Gelbe Karte“, die Androhung des Führerscheinentzugs für gewalttätige Jugendliche und Heranwachsende, soll nach Ablauf des ersten Jahres überprüft werden. Auf Grundlage eines Berichts, den

der Magistrat im Herbst 2011 vorlegen soll, wird über den Fortbestand der Maßnahme entschieden.

Die Leitgedanken der Integration werden zunehmend im Ausländerrecht verankert, insbesondere im Land Bremen. Die Ausländerbehörde soll die dadurch entstehenden Spielräume bei aufenthaltsrechtlichen Entscheidungen verstärkt nutzen.

Feuerwehr Bremerhaven

Die Feuerwehr ist als kommunaler Dienstleister für Brandschutz, Hilfeleistung und Rettungsdienst die zentrale Stütze der Gefahrenabwehr. Sie ist Garant für die Sicherheit der Bevölkerung in unserer Stadt.

Wir werden die Anpassung der Feuerwehr an die Stadtentwicklung aktiv begleiten und dabei die bestehenden Sicherheitsstandards erhalten.

Wir werden die Anpassung der Feuerwehrausbildung an die gestiegenen Anforderungen aktiv unterstützen. Nur wer gut ausgebildet ist, weiß den Gefahren an der Einsatzstelle zu begegnen.

Zur Sicherstellung der Zukunftsfähigkeit der Freiwilligen Feuerwehren stehen wir für die Förderung und den Ausbau der Jugendfeuerwehren.

Eine weitere wichtige Aufgabe wird sein, mehr Frauen und Migrantinnen und Migranten für die Tätigkeit bei Feuerwehr und Katastrophenschutz zu gewinnen.

Die Warnung der Bevölkerung im Katastrophenfall ist unzureichend. Wir prüfen daher Möglichkeiten zur Verbesserung der Warnmöglichkeiten.

Sport- und Freizeitstadt Bremerhaven

Die Koalition ist sich der Bedeutung des Breitensportes und der Freizeitvereine bewusst. Sport- und Freizeitgestaltung haben eine zentrale Bedeutung für das Gemeinwohl und eine wichtige Integrations- und Präventionsfunktion.

Die Koalition wird deshalb auch in Zukunft dafür Sorge tragen, dass den Vereinen und Verbänden Haushaltsmittel und Mittel aus den Wettmitteleinnahmen bereitgestellt werden, damit die Vereine ihre Aufgaben erfüllen können.

Sport fördert die Gesundheit, stärkt die Integration und fördert die soziale Entwicklung von Kindern und Erwachsenen. Zusammen mit den Vereinen müssen wir Kindern, Eltern und Lehrerinnen und Lehrern Wege zu einem gesünderen Lebensstil durch den Sport aufzeigen. Die Vereine und die Schulen werden in ihren Kooperationswünschen unterstützt.

Angesichts des demografischen Wandels steht der Sport vor großen Herausforderungen. Vor diesem Hintergrund werden sich Politik und organisierter Sport verstärkt an den Bedürfnissen veränderter Zielgruppen auszurichten haben.

Es gilt, die Sportstätten an den Erfordernissen des demografischen Wandels auszurichten.

Der Breitensport mit seinen vielen Vereinen bedarf im Rahmen der Möglichkeiten unserer besonderen Unterstützung. Nicht zu vergessen ist das ehrenamtliche Engagement. Im Mittelpunkt einer zeitgemäßen Sport- und Vereinsförderung muss daher auch die Förderung des Ehrenamtes stehen.

Die Finanzierung der Entgelte für Übungsleiter werden wir auch zukünftig sicherstellen.

Die kommunalen und vereinseigenen Sportstätten sind ein entscheidender Eckpfeiler der Sportstruktur in Bremerhaven. Wir wollen prüfen, ob wir mit energetischen Sanierungsmaßnahmen zur Senkung der Energiekosten bei den Sportvereinen beitragen können.

Wir werden trotz schwieriger wirtschaftlicher Zeiten die wichtige gesellschaftliche Aufgabe des Sports und der Sportförderung fest im Blick behalten, um dem Sport in Bremerhaven eine sichere und erfolgreiche Zukunft zu schaffen.

Stadtverfassung, Geschäftsordnung, Bürgerbeteiligung

Die Verfassung der Stadt Bremerhaven ist bundesweit einzigartig. Wir werden diese Besonderheiten bewahren und schützen. Gleichzeitig wollen wir die Stadtverfassung modernisieren und offener für die direkte Beteiligung der Bremerhavenerinnen und Bremerhavener machen.

So wollen wir die Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen in der Verfassung dadurch deutlicher fassen, dass wir die „Soll-“ in eine „Muss-Vorschrift“ ändern. Wir werden prüfen, ob hauptamtliche Magistratsmitglieder nach dem sogenannten „Hessischen Modell“ nach einer Kommunalwahl vereinfacht abgewählt werden können.

Wir wollen ferner prüfen, ob in der Verwaltung ein neues Steuerungsmodell zu Effizienzgewinnen und Kostenreduzierungen beitragen kann.

Die Koalitionäre wollen ferner die Möglichkeiten direkter Bürgerbeteiligung verbessern. So wollen wir z. B. die Quoren für die Einleitung von Wohnanträgen und Bürgerbegehren ebenso senken, wie das nötige Zustimmungsquorum beim Bürgerentscheid. Ebenso wollen wir die Gegenstände, die einem Bürgerentscheid zugänglich sind, neu regeln. Grundlage für alle Änderungen sollen die vom Unterausschuss „Verbesserung der Bürgerbeteiligung“ in der abgelaufenen Periode erarbeiteten Vorschläge sein.

Die Kultur der Bürgerbeteiligung soll auf allen Ebenen gefördert werden. Desweiteren soll erarbeitet werden, wie wir die Bürgerinnen und Bürger in politischen Entscheidungen mit einbeziehen können. Die Ergebnisse sollen bis Mitte 2012 vorliegen.

In der Geschäftsordnung der Stadt wollen wir die Bürgerfragestunde in eine Bürgersprechstunde, mit der Möglichkeit zum begrenzten Diskurs, weiterentwickeln. Die Öffentlichkeit aller Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung sowie ihrer Ausschüsse und Unterausschüsse soll die Regel sein. Die entgegenstehenden Vorschriften werden wir überprüfen.

Neben der Stärkung direkter Demokratie, wollen die Koalitionäre die Rechte der Stadtverordneten gegenüber der Verwaltung stärken.

Wir wollen eine stärkere Einbindung der Beisitzer im Vorstand der Stadtverordnetenversammlung bei Entscheidung des Stadtverordnetenvorstehers erreichen. Hierzu wollen wir die Geschäftsordnung im Rahmen der Stadtverfassung überarbeiten, insbesondere soll geprüft werden, ob zukünftig u. a. die Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung abwechselnd von den Mitgliedern des Vorstands geleitet werden und die Vorbereitung der Sitzungen durch den Vorstand erfolgen können.

Das Programm „Wohnen in Nachbarschaft – WiN“ wollen wir erhalten und nachhaltig weiterentwickeln.

Die Koalitionäre setzen sich für eine stärkere Beteiligung ausländischer Mitbürger ein. Die Prüfung der Einführung eines Wahlrechts für so genannte Nicht-EU-Ausländer durch die Landesregierung auf der Ebene der Beiräte begrüßen wir daher.

Wir werden die Ergebnisse der Prüfung abwarten und uns bei Einführung eines entsprechenden Wahlrechts beim Land dafür einsetzen, dieses auch für Bremerhaven einzuführen.

Das Petitionsrecht bedarf nach der Veränderung des Landespetitionsgesetzes einer Anpassung. Die Koalitionsparteien sind sich einig das dies vor allem in dem Bereich der öffentlichen Petitionen und der Mitunterzeichnung vollzogen werden muss. Auch ist der landesgesetzlichen Regelung bei öffentlichen Petitionen eines begrenzten Vortrag des Petenten in öffentlicher Sitzung Rechnung zu tragen.

Justiz

Eine effektive und leistungsfähige Justiz gehört neben den Parlamenten und Regierungen zu den drei Eckpfeilern unserer freiheitlichen und demokratischen Grundordnung. Der Zugang zur Justiz muss bürgerfreundlich gestaltet werden, Entscheidungen müssen schnell und rechtssicher getroffen werden.

Der Justizstandort Bremerhaven ist mit dem Amtsgericht Bremerhaven, den zwei Kammern des Arbeitsgerichtes Bremen-Bremerhaven und mit der Teilanstalt Bremerhaven der Justizvollzugsanstalt Bremen im Vergleich zu anderen Großstädten unterdurchschnittlich entwickelt. Deshalb setzen uns dafür ein, dass die Leistungs- und Funktionsfähigkeit dieser Einrichtungen sichergestellt wird und keine Kompetenzen nach Bremen verlagert werden.

Die eigenständige Strafkammer in Bremerhaven hat sich bewährt und muss erhalten bleiben.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Fachgerichte und die Obergerichte im Lande Bremen, wie auch der Staatsgerichtshof bei Verfahren mit Bremerhavener Beteiligten in Bremerhaven tagen.

Wir treten auch für eine stärkere Zusammenarbeit der bremischen mit der niedersächsischen Justiz am Standort Bremerhaven ein.

Verbraucherschutz, Informationsfreiheit und Datenschutz

Der Koalition sind Schutz und Transparenz für die Verbraucherinnen und Verbraucher ein konstantes Anliegen. Sie müssen vor unredlichen Praktiken und schädlichen Produkten geschützt werden. Unser Ziel ist eine effektive staatliche Kontrolle und gut informierte Verbraucherinnen und Verbraucher. Wir wollen daher die anerkannten Verbraucherschutzeinrichtungen unterstützen.

Die Koalition ist der festen Überzeugung, dass die Bürgerinnen und Bürger ein Anrecht auf einen fairen und transparenten Markt haben. Verbraucherschutz beginnt für uns daher auf der kommunalen Ebene mit der Bereitstellung der notwendigen Informationen. Wir werden das bremische Informationsfreiheitsgesetz weiter konsequent anwenden.

Die Koalitionsparteien wissen um den hohen Wert des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung. Wir werden daher immer dann, wenn Daten erhoben werden, nach der Notwendigkeit fragen. Auch wollen wir den internen Datenschutz beim Magistrat und bei Gesellschaften im städtischen Besitz bzw. mit städtischer Mehrheitsbeteiligung fördern und ausbauen. Wo immer die Sicherheit von Daten in Gefahr ist, hat die städtische Verwaltung mit gutem Beispiel voranzugehen und die Bürgerinnen und Bürger in der Sicherung ihrer Privatsphäre zu unterstützen.

Finanzen

Die Koalitionsparteien begegnen aktiv den Herausforderungen, die sich aus den Bedingungen der „Schuldenbremse“ ergeben. Die Wahlperiode bis 2015 ist insoweit als erste Hälfte auf dem Weg zu einem Bremerhavener Haushalt ohne Neuverschuldung zu betrachten, in der die notwendigen Abbauschritte des strukturellen Defizits geleistet werden müssen. Es wird die gemeinsame Zielsetzung unterstrichen, die Finanzierungslücke des Haushalts bis 2020 in zehn gleichen Schritten zu verringern. Die Einhaltung der entsprechenden Defizit-Obergrenzen der kommenden Haushalte bildet den Maßstab unserer Haushaltspolitik.

Wir wollen mit dem Land Bremen zu einer Regelung im Rahmen der Haushaltskonsolidierung kommen. Bedingung hierfür ist, dass die Autonomie Bremerhavener Haushaltspolitik innerhalb dieses Rahmens unangetastet bleibt. Der besonderen Problemlage des Bremerhavener Haushalts ist dadurch Rechnung zu tragen, dass das Land unsere Haushaltsnotlage anerkennt und durch geeignete Maßnahmen aktiv zu dessen Beseitigung beiträgt. Zudem kann der Defizitabbau nur gelingen, wenn der Bund bzw. das Land nicht weiter Kosten auf Bremerhaven verlagert. Am innerbremischen Finanzausgleich soll in der bestehenden Form festgehalten werden. Deshalb setzen wir uns für den Fortbestand des Ende 2012 auslaufenden Finanzausgleichsgesetzes ein. Alle Ausgaben der öffentlichen Hand, auch die in den privat organisierten Gesellschaften, müssen durch die Stadtverordneten überprüfbar sein.

Der Gestaltungsspielraum des städtischen Haushalts ist aufgrund überproportionaler Soziallasten, der oberzentralen Versorgungsfunktion im Unterweserraum, der bestehenden Schuldenlast sowie äußerst begrenzter Möglichkeiten zur Verbesserung der originären Einnahmen besonders eng. Dennoch werden die Koalitionsparteien in den nächsten vier Jahren alle vertretbaren Möglichkeiten zur Einnahmeverbesserung und Ausgabenreduzierung bzw. –begrenzung nutzen. Wie z. B.:

1. Die Hebesätze der Gewerbe- und Grundsteuer sowie weitere in Frage kommende Kommunalsteuern und Abgaben sind insbesondere im Abgleich zu den Entwicklungen im Umland und in Bremen zu überprüfen und ggf. anzupassen.
2. Die Gebühren und Eintrittspreise zu überprüfen und ggf. anzupassen.
3. Eine Fremdenverkehrsabgabe zur Attraktivitätssteigerung tourismusfördernder kultureller Angebote in Bremerhaven wird eingeführt.
4. Wir erwarten von der Freien Hansestadt Bremen, dass unser Anteil an der vom Bund vorgesehenen Entlastung der Kommunen bei den Kosten der Grundsicherung uneingeschränkt zur Verfügung steht.
5. Ein wesentlicher Baustein zur Verbesserung der frühkindlichen Betreuung besteht darin, bis Ende 2013 eine Betreuungsquote bei den unter 3-Jährigen von 35 % zu erreichen. Es sind unverzüglich Verhandlungen mit dem Land aufzunehmen, um dessen Beteiligung an den hierfür notwendigen baulichen und Ausstattungsinvestitionen zu erreichen.

6. Die Zuschüsse zur Förderung des Spitzensports werden in den nächsten Jahren um mindestens 5 % jährlich reduziert.

Auch die städtischen Beteiligungen sind in den Konsolidierungsprozess einzubeziehen.

Wir werden daher in den nächsten vier Jahren prüfen, inwieweit es in Gesellschaften, Eigenbetrieben und Ämtern Doppelstrukturen gibt, anschließend wird eine Entscheidung darüber getroffen, wo diese Aufgaben am effizientesten und kostengünstiger angesiedelt werden können. Diese Prüfung umfasst auch die Frage, ob die Zusammenlegung der Leitungen bzw. einzelner Leitungsbereiche von Gesellschaften und Wirtschaftsbetrieben zu Einsparungen führen kann. Wo eben möglich, sollen Leitungsfunktionen in Eigen- und Beteiligungsgesellschaften aus einer Hand oder nebenamtlich erfolgen.

Daseinsvorsorge bedeutet für die Koalitionsparteien auch, dass die Einwohnerinnen und Einwohner Bremerhavens über ein gutes, bezahlbares und ökologisch vertretbares Angebot von Versorgungsdienstleistungen verfügen können. Dafür wird es möglicherweise erforderlich sein, den städtischen Einfluss auf die Energie- und Wasserversorgung oder den Entsorgungsbereich zu erhöhen. Deshalb werden wir zunächst kurzfristig prüfen, ob und unter welchen Bedingungen die Rücknahme der Netze möglich ist. Auf der Grundlage dieses Prüfergebnisses werden wir vor Auslaufen der Konzessionsverträge Ende 2013 über eine vollständige oder teilweise Rekommunalisierung der Netze entscheiden.

Die Koalitionsparteien setzen sich die Fusion der Sparkasse Bremerhaven und der Kreissparkasse Wesermünde-Hadeln zum Ziel. Daher werden wir auf Grundlage der bisherigen Zwischenergebnisse die Gespräche mit den Beteiligten wieder aufnehmen.

Es wird eine Prüfung erfolgen, ob eine gemeinsame Kreditaufnahme mit Bremen zu besseren Konditionen führen kann.

Um die Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit zu erhöhen, werden wir den Controllingbereich innerhalb der Verwaltung stärken.

Wir wollen das Beschaffungswesen weiter unter dem Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit und Effizienz entwickeln.

Die Verabredungen dieser Koalitionsvereinbarung stehen unter dem Vorbehalt der Finanzierbarkeit.

Wir werden überprüfen, ob die rechtlichen Grundlagen für die Arbeit des Rechnungsprüfungsamt, an den bundesweiten Standard angepasst werden müssen. Die Jahres- und Einzelberichte des Rechnungsprüfungsamtes werden wir ab sofort, unter Beachtung der datenschutzrechtlichen Anforderungen, veröffentlichen.

Verwaltung und Personal

Das Bürgerinteresse an einer gut funktionierenden Verwaltung steht im Mittelpunkt der weiteren Entwicklung, sowohl was die Personalquote als auch eine Verwaltungsreform angeht. Die Stadtverwaltung wird sich in den nächsten Jahren verschiedenartigen Einflussfaktoren stellen müssen. Das Leistungsangebot muss sich weiter den Anforderungen des demografischen und des technischen Wandels anpassen, gleichzeitig müssen die Strukturen dem zunehmenden Spardruck Rechnung tragen. Deshalb verstehen wir Verwaltungsmodernisierung als einen laufenden Entwicklungsprozess, der durch regelmäßige Aufgabenkritik zu begleiten ist. Personaleinsparungen nach dem „Rasenmäher-Prinzip“ lehnen die Koalitionsparteien ab, da sie der von uns verfolgten Schwerpunktsetzung widersprechen und notwendige Standards, wie z. B. bei der Kinderbetreuung, außer Acht lassen.

Ein wesentliches Element der Haushaltskonsolidierung ist die nachhaltige Begrenzung der Personalausgaben. Kostensteigerungen, z. B. durch Tarifierhöhungen, lassen sich nur auffangen, wenn die sich aus der demografischen Entwicklung beim Personal ergebenden Spielräume (Fluktuation) genutzt werden. Zu diesem Zweck wird die Magistratskanzlei beauftragt, durch eine möglichst flächendeckende Aufgabenüberprüfung der Verwaltung Einsparpotentiale zu identifizieren und dem Magistrat sowie dem Personal- und Organisationsausschuss regelmäßig hierüber zu berichten. Eine erste Vorlage erwarten wir bis zum 31.12.2011. Betriebsbedingte Kündigungen wird es nicht geben.

Um ihre Servicequalität aufrechterhalten bzw. steigern zu können, muss die Verwaltung weiter mit der technischen Entwicklung Schritt halten. Dazu gehört eine laufende Ergänzung des internetgestützten Angebotsspektrums wie auch die Öffnung neuer Kommunikationswege.

Bei Neubesetzung der Stellen von Geschäftsführungen sollen grundsätzlich öffentliche Ausschreibungen erfolgen.

Bei zukünftigen Verträgen mit Geschäftsführerinnen oder Geschäftsführer städtischer Gesellschaften oder solcher mit städtischer Mehrheitsbeteiligungen sind Klauseln aufzunehmen, die eine Veröffentlichung der Gehälter und Bezüge zulassen.

Zusammenarbeit der Koalitionsparteien

- In der Stadtverordnetenversammlung hat jede Koalitionsfraktion das Recht, nach Herstellung des Einvernehmens mit dem Koalitionspartner Anträge eigenständig einzubringen.
- Vor Anfragen gem. § 36 und 36 a der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung ist der Koalitionspartner rechtzeitig zu informieren.
- Beide Koalitionsfraktionen verpflichten sich, im Rahmen der Koalitionsvereinbarung und der zusätzlich vereinbarten Politik in der Stadtverordnetenversammlung, ihren Ausschüssen, im Magistrat sowie in den Verwaltungs-, Aufsichts- und Beiräten nicht mit wechselnden Mehrheiten abzustimmen.
- Die freie Gewissensentscheidung des einzelnen Stadtverordneten bleibt unberührt.
- Die Koalitionspartner sind sich einig, dass in den o. g. Gremien keiner der Partner überstimmt wird.
- Es wird ein Koalitionsausschuss aus jeweils drei Personen (SPD: Fraktionsvorsitzender, Parteivorsitzender, Oberbürgermeister; GRÜNE: Fraktionsvorsitzender, ein GRÜNES Magistratsmitglied, Kreisvorstandssprecher) gebildet. Der Ausschuss wird einberufen, wenn eine der Parteien ihn anruft.
- Der Koalitionsausschuss tagt auf Antrag eines Koalitionspartners.

Übrige Vereinbarungen:

- Verteilung der ehrenamtlichen Dezernate:
SPD (3) Feuerwehr; Gesundheit; Schwerbehinderte;
GRÜNE (2) Gartenbauamt; Umwelt
CDU (1) Sport
- Den GRÜNEN werden zwei hauptamtliche Dezernate in dieser Wahlperiode, Schule und Kultur und Bau, zugeordnet. Die Kämmerei wird der SPD zugeordnet

Verhandlungskommission

Für die SPD

Siegfried Breuer

Sönke Allers

Martin Günthner

Brigitte Lückert

Melf Grantz

Martina Kirschstein-Klingner

Elias Tsartilidis

Bremerhaven, 5. Juli 2011

Für Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

Dr. David Lukaßen

Dr. Ulf Eversberg

Frank Willmann

Claudius Kaminiarz

Peter Pletz

Sülmez Dogan